

Ostprignitz-Ruppin - ein Landkreis mit Perspektive

Jenseits der Metropolregion um Berlin herum, hat der Landkreis Ostprignitz-Ruppin in den vergangenen 30 Jahren eine erstaunliche Entwicklung genommen. Nach Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung in den 1990er Jahren, ist die Bevölkerungsentwicklung mittlerweile stabil und unsere Unternehmen suchen händeringend nach neuen Arbeitskräften. Der jahrzehntelange erfolgreiche Widerstand gegen das geplante Bombodrom hat Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung eröffnet. Die Lebensqualität ist gestiegen, Wirtschaft und Tourismus boomen.

DIE LINKE. OPR und ihre Fraktion im Kreistag hat sachlich und konstruktiv zu dieser positiven Entwicklung beigetragen; aber auch immer wieder den Finger in die Wunde von ungelösten Problemen gelegt und Lösungsvorschläge gemacht. Denn neben all der positiven Entwicklung gibt es weiterhin Baustellen, die auch in der kommenden Wahlperiode bearbeitet werden müssen. Die vielfachen Krisen der vergangenen Jahre haben die Defizite noch einmal deutlicher zu Tage treten lassen. DIE LINKE will und wird dies mit einem klaren sozialpolitischen Fokus, im konstruktiven Diskurs mit dem Anspruch eines solidarischen Miteinanders und unter größtmöglicher Beteiligung der Zivilgesellschaft angehen. Wir werden verlässlich um die weitere Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen um die Ausschöpfung vorhandener Potentiale und die Entwicklung weiterer Perspektiven für den Landkreis streiten. Mit diesem Wahlprogramm unterbreiten wir den Bürgerinnen und Bürgern in Ostprignitz-Ruppin unsere Vorschläge und Ideen.

1. Lebenslanges gemeinsames Lernen

Kindertagesstätten sind ein Ort der frühkindlichen Bildung. Sie müssen wohnortnah vorgehalten werden. Wir streiten weiterhin auf allen Ebenen für die vollständige Abschaffung der Elternbeiträge. Sichergestellt werden muss eine gute Qualität der Kinderbetreuung. Dazu gehören entsprechende Qualifikationen und Weiterbildungsangebote für die Erzieher*innen, ein verbesserter Personalschlüssel, gute bauliche Voraussetzungen und eine gesunde, regionale und beitragsfreie Essensversorgung. Unter diesen Prämissen werden wir die zukünftigen KITA-Bedarfsplanungen begleiten und bewerten. Die einzelnen Elterninitiativen und Kitaausschüsse, sowie der Kreiskitaelternbeirat sind für uns wichtige Partner. Ihre Vorschläge und Forderungen werden wir bei unseren Entscheidungen berücksichtigen.

Der Erhalt sämtlicher Schulstandorte im Landkreis ist eine Selbstverständlichkeit für uns. Schulzentren (Gemeinschaftsschulen) für ein möglichst langes gemeinsames Lernen sind für uns die erstrebenswerte Schulform. Um inklusive Bildungsangebote zu ermöglichen, benötigen wir an jeder Schule neben ausreichenden pädagogische Fachkräften, auch Schulsozialarbeit und Schulgesundheitsfachkräfte. Die Schulentwicklungsplanung muss unter Beteiligung der Kommunen, der weiteren Schulträger und der Schüler- und Elternbeiräte fortgeschrieben werden. Schulen und Horte müssen enger miteinander kooperieren, um Angebote der Ganztagesbetreuung und Einbeziehung von Vereinen zu gewährleisten. Das Angebot der kostenfreien Bereitstellung des 49,-€ Tickets für alle Schüler*innen des Landkreises muss beibehalten werden.

Die Sanierung der kreiseigenen Schulen muss weiter vorangetrieben und digitale Bildungsangebote ausgebaut werden. Der angestrebte Wechsel der „Prinz von Homburg Schule“ Neustadt (Dosse) in die Trägerschaft des Landkreises wird von der LINKEN positiv begleitet unter der Maßgabe, dass das Schulangebot am Standort Neustadt (Dosse) von der Grundschule bis zum Abitur unter Beibehaltung des besonderen Schwerpunktes „Reiten“ und der Kooperation mit dem Haupt- und Landesgestüt erhalten bleibt.

Die (Wieder)Ansiedlung des Studienseminars in Neuruppin wird ausdrücklich begrüßt. Die Fort- und Weiterbildungsangebote, sowie Qualifizierungsangebote für Seiteneinsteiger*innen müssen wohnortnah vorgehalten werden.

Am Oberstufenzentrum (OSZ) in Neuruppin gibt es ein breites Angebot an beruflicher Bildung. Die vorhandenen Ausbildungsgänge müssen erhalten bleiben. Die Schaffung weiterer Ausbildungsgänge in Kooperation mit anderen Oberstufenzentren sowie weiteren beruflichen Bildungseinrichtungen und unter Zuhilfenahme der digitalen Möglichkeiten sollte geprüft werden.

Die Kreisvolkshochschule und die Kreismusikschule bieten Bildungsangebote, die unerlässlich sind. Gebühren müssen weiterhin sozialverträglich gestaffelt werden, um den Zugang für jede und jeden zu ermöglichen. Auch hier gilt es den Ausbau an digitalen Angeboten voranzubringen.

Mit der kommunal getragenen Medizinischen Hochschule Brandenburg, hat sich ein universitäres Angebot zur Sicherung des medizinischen Nachwuchses etabliert. DIE LINKE wird sich für die weitere Unterstützung dieser Universität und den Ausbau der Studienangebote einsetzen. Von uns wird der kostenfreie Zugang von Studierenden zu dieser Bildungseinrichtung angestrebt.

2. Gesundheitliche Versorgung sichern

Mit der kreiseigenen Universitätsklinik Ruppiner-Brandenburg (UKRB) in Neuruppin wird eine hochspezialisierte medizinische Versorgung für die gesamte Region im Nordwesten Brandenburgs gesichert. Die Krankenhäuser in Kyritz und Wittstock sichern die Grundversorgung. Der Erhalt der Klinikstandorte ist außerordentlich wichtig für den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Die angedachte Krankenhausreform sehen wir kritisch. Wir setzen dagegen auf eine stärkere Kooperation zwischen den einzelnen Kliniken auch über die Kreisgrenzen hinweg. Dabei ist für uns klar: Krankenhäuser als wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Hand sein.

Die ambulante Versorgung gestaltet sich zunehmend schwieriger. Haus- und einzelne Fachärzte fehlen schon jetzt in unserem Landkreis. Es ist zu befürchten, dass sich dieser Mangel verstetigt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die stationäre und ambulante Versorgung stärker vernetzt wird und die strikten Sektorengrenzen fallen. Es bedarf zudem einer regionalen Bedarfsplanung. Landkreis und Kommunen sollten kooperieren, um mit gezielten Anreizen, wie Niederlassungsprämien oder zur Verfügungsstellung von Wohn- und Praxisräumen, Ärztinnen und Ärzte in unseren Landkreis zu holen oder aber die Gründung von kommunalen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zu unterstützen. Telemedizinische Angebote sollten gefördert werden, ebenso wie Modelle von rollenden Arztpraxen. Das Gemeindeschwesternmodell AGNES soll auf den gesamten Landkreis ausgeweitet werden.

Die Rehakliniken im Landkreis und die ambulanten Rehabilitationsangebote müssen erhalten bleiben. Der Gesundheitstourismus gewinnt an Bedeutung, schafft gute Arbeitsplätze und erhöht die Attraktivität des Landkreises.

Um in Würde altern zu können, müssen die Angebote der ambulanten und stationären Pflege ausgebaut werden. Der „Pakt für Pflege“ ermöglicht durch gezielte Förderung des Landes eine Sozialraumanalyse und die Planung von notwendigen Angeboten. Die Pflegestützpunkte müssen der Beratung von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen dienen. Neben Wittstock und Neuruppin benötigen wir dieses Angebot auch in Kyritz. Wohngemeinschaften für Seniorinnen und Senioren und Angebote für demenziell Erkrankte müssen ebenfalls ausgebaut werden. Die ambulante und stationäre Hospizarbeit erfährt unsere Unterstützung. Den Bau eines Palliativzentrums in Neuruppin begrüßen wir.

3. Soziale Teilhabe ermöglichen

Kultur, Sport und die soziale Infrastruktur sind wesentlicher Motor der Entwicklung, des sozialen Miteinanders und ein nicht minder wichtiger weicher Standortfaktor. Zunehmende (Alters)Armut ist aber ein Problem, welches leider auch in OPR zu beobachten ist. Damit verbunden sind gesellschaftliche Ausgrenzung und der erschwerte Zugang zu Einrichtungen und Veranstaltungen. Wir setzen auf die Einführung eines Kultur- und Sozialpasses. Anspruchsberechtigt wären: SBG II und SGB XII-Empfänger*innen, AsylbLG-Empfänger*innen, Menschen mit Handicap sowie Seniorinnen und Senioren, die eine Rente unter 1050 Euro beziehen. Der Sozialpass wäre zwei Jahre gültig und kann auf Antrag verlängert werden.

Ostprignitz-Ruppin soll auch für die jüngere Generation ein lebenswerter Ort sein. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Jugendsozialarbeit und Jugendbeteiligung generell gestärkt werden. Unter anderem kämpfen wir für die Weiterfinanzierung der sogenannten 610er-Stellen in der Jugendarbeit und fordern einen Jugendbeirat auf kreislicher Ebene. Damit könnten Jugendliche über wichtige gesellschaftliche Belange mitentscheiden.

Menschen mit Handicap muss ein barrierefreier Zugang zu Veranstaltungen und Verwaltungen gewährleistet werden. Dazu gehört auch ein barrierearmer Internetauftritt der Kreisverwaltung.

Die Förderung von Kultur- und Sportangeboten liegt im Interesse einer breiten Allgemeinheit. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und Ausbau der finanziellen Unterstützung ein. Die kulturellen Highlights, wie u.a. Fontane-Festspiele, Theatersommer Netzeband, Musikkultur Rheinsberg, Seefestival Wustrau müssen stärker mit dem Tourismus verzahnt werden. Dabei darf aber die Förderung von kleinen Kulturvereinen und Veranstaltungen, sowie die gezielte Unterstützung von neuen kreativen Ideen und Akteur*innen nicht vergessen werden.

Museen und Kultureinrichtungen, wie zum Beispiel auch das Tucholsky-Museum in Rheinsberg, müssen in ihrem Bestand gesichert und weiter gestärkt werden und Angebote der kulturellen Bildung vorhalten.

Der Kreissportbund ist ein wesentlicher Partner für uns. Sport ist aktive Gesundheitsförderung und trägt zur Integration von Neubürger*innen bei. Die vielen ehrenamtlich Engagierten müssen unterstützt werden. Eine Ehrenamtskarte, die eine verbilligte Nutzung des ÖPNV oder den verbilligten Eintritt zu Veranstaltungen gewährleistet, kann ein Ansatz sein. Der Erhalt und die schrittweise Sanierung von Sportstätten müssen stärker ins Blickfeld rücken.

4. Wirtschaft funktioniert nur mit guten Arbeitsbedingungen und einer guten Infrastruktur

Mit dem regionalen Wachstumskern Neuruppin, der Entwicklungsachse A 24, den Gewerbegebieten Autobahndreieck Wittstock, Temnitz, Fehrbellin und in der Kleeblattregion, sind schon starke wirtschaftliche Potenziale gewachsen. Wir wollen die Wirtschaftsförderung in der REG stärken.

Doch zunehmend fällt es auch regionalen Unternehmen schwer, Arbeitskräfte zu gewinnen. Das gefährdet die weitere Entwicklung des Landkreises. Die Lohnunterschiede zwischen Ost und West müssen endlich überwunden und die Tarifbindung erhöht werden.

Es muss uns gelingen, die Zuwanderung stärker für den regionalen Arbeitsmarkt zu nutzen. Unternehmen, Ausländerbehörde, Arbeitsamt und Arbeitsagentur müssen stärker kooperieren. Darüberhinaus will DIE LINKE ein Rückkehrer-Programm auf Kreisebene initiieren, um die nach 1990 abgewanderten Bürger*innen zu bewegen, wieder nach OPR zu ziehen.

Die kreiseigenen Unternehmen erfahren unsere besondere Unterstützung. Sie sind tragende Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Privatisierungen werden von uns abgelehnt. Selbstverständlich ist

für uns, die Bezahlung der Beschäftigten nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten der PRO Klinik Holding werden durch uns nicht angetastet.

Das Filialnetz der Sparkasse OPR darf nicht weiter ausgedünnt werden. Die Verfügbarkeit von Bargeld muss sichergestellt werden. Die regionale Wirtschaft muss weiter durch attraktive und faire Kredite unterstützt werden.

Der ÖPNV darf nicht weiter eingeschränkt werden. Im Gegenteil, wir wollen den Ausbau des Streckenangebotes und eine Taktverdichtung und damit eine Erhöhung der Attraktivität. Die Fahrzeugflotte der Nahverkehrsgesellschaft muss schrittweise modernisiert werden. Dabei muss die Größe der Fahrzeuge den Bedarfen angepasst und umweltschonende Antriebe eingeführt werden. Die Takte sind mit den Angeboten des SPNV abzustimmen.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass die Reaktivierung der Bahnstrecke Neustadt-Neuruppin-Herzberg vollzogen wird und eine saisonunabhängige Bahnverbindung mit besserer Taktung von Berlin nach Rheinsberg aufrechterhalten bleibt. Die Bahnverbindung von Neustadt-Kyritz-Pritzwalk-Meyenburg muss erhalten bleiben.

Die AWU trägt zur regionalen Kreislaufwirtschaft und dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bei. Die Verwertung von Reststoffen muss Vorrang haben vor der Endlagerung von Abfall. Auch bei der AWU gilt es, die Fahrzeugflotte schrittweise zu modernisieren.

Die Abfallgebühren müssen nachvollziehbar kalkuliert werden und bezahlbar bleiben. Die kostenlose Abgabe von Abfall und Reststoffen durch die Einwohner*innen von OPR an den Wertstoffhöfen gewährleistet bleiben.

Die geplante Bauschuttdeponie in Holzhausen lehnen wir entschieden ab.

Die Sanierung von kreiseigenen Straßen und Brücken muss planvoll fortgesetzt werden. Kritisch sehen wir die Übertragung von Landesstraßen auf den Landkreis und die Übertragung von Kreisstraßen auf die Kommunen. Der Ausbau von Fahrradwegen muss weiter vorangetrieben werden. Wir wollen den Druck auf den Bund und das Land Brandenburg verstärken, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Straßensanierung und den Radwegebau voranzutreiben.

Nachdem die „weißen Flecken“ bei der Netzversorgung im Landkreis getilgt wurden, muss nun das Netz ausgebaut werden und die „grauen Flecken“ verschwinden. Gut ausgebaute Telekommunikationsnetze sind existentiell für die Wirtschaft und die Menschen im Landkreis.

Gemeinsam mit den kommunalen Stadtwerken wollen wir schrittweise die Abhängigkeit von globalen Stromkonzernen und fossilen Energieträgern verringern. Das verlangt den konsequenten Ausbau einer dezentralen, erneuerbaren Energieproduktion. Die Energiewende muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Die demokratische Mitentscheidung sowie die finanzielle Teilhabe in der Region ist zu verbessern. Für uns ist der Landkreis die politische Ebene, in der die Energiewende unter demokratischer Mitbestimmung und finanzieller Teilhabe seiner Bewohnerinnen und Bewohner sozial ausgestaltet werden kann.

Wir wollen Photovoltaik-Anlagen vorrangig auf versiegelten Flächen entwickeln. Besondere Fokus wollen wir dabei auf alte, ungenutzte Militärgelände legen, in denen der Aufbau schnell und unbürokratisch von statten gehen könnte. Darüber hinaus soll ein Kataster für potenzielle Dachflächen erstellt werden, um weitere nutzbare Flächen für Photovoltaik-Anlagen zu erschließen. Mit der unter dem Dach der kreiseigenen PRO Klinik Holding neugegründeten Energiewerke müssen nun die Dächer der kreiseigenen Liegenschaften schrittweise mit Photovoltaik Anlagen ausgerüstet werden. Weniger sinnvoll sind Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen oder forstlichen Nutzflächen.

Landwirtschaftliche Monokulturen, die der Produktion von Energie dienen oder die Verwendung von Nahrungsmitteln für die Energieerzeugung lehnt DIE LINKE ab. Wir wenden uns gegen einen massiven und willkürlichen Ausbau von Windenergieanlagen. Standortflächen, die zu nah an Dörfern, in Wäldern oder in der Kyritz-Ruppiner Heide gebaut werden sollen, lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir vorrangig auf die Erhöhung der Leistung von bereits vorhandenen Anlagen. Bei all diesen Überlegungen ist eine rege Bürgerbeteiligung im Diskussionsprozess von Vorteil. Wir werden jedoch den Ausbau der Windkraft positiv begleiten, wenn die Kommunen davon profitieren und Einwohnerinnen und Einwohner sich dafür aussprechen.

Neben der Gewinnung von Energie aus regenerativen Energiequellen gilt es aber auch, effiziente Energieeinsparmöglichkeiten zu finden und Speichermöglichkeiten zu erschließen.

5. Nachhaltige Landwirtschaft in intakter Umwelt

Unser Landkreis bietet einen wertvollen Schatz vielfältiger Natur- und Kulturlandschaften. Diese natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir erhalten.

Wir setzen uns für eine agrotechnik-freie Land-, Forst- und Gartenbauwirtschaft ein. Der Boden ist kein Spekulationsobjekt, weshalb die breite Streuung des Bodeneigentums unbedingt erhalten werden muss. Wir wollen eine Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln erreichen und eine nachhaltige, insbesondere eine insektenfreundliche Landwirtschaft unterstützen. Die Förderung von Blühstreifen muss fortgesetzt werden. Wir unterstützen unsere ortsansässigen Landwirtschaftsbetriebe bei Stabilisierung und Weiterentwicklung ihrer Betriebe, insbesondere bei der Umsetzung des Tierschutzplans des Landes Brandenburg, sowie bei der regionalen Verarbeitung und Vermarktung.

Teile des ehemaligen Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide gehören zum Nationalen Naturerbe. Bei der Entwicklung des Geländes sollen die Interessen der regionalen Bevölkerung eingebunden werden. DIE LINKE fordert von der Bundesregierung die Finanzierung einer zügigen Teil-Beräumung des munitionsverseuchten Geländes mit dem Ziel einer schrittweisen Öffnung zur Nutzung für Freizeit und Tourismus. Die Arbeit der kommunalen Arbeitsgemeinschaft soll in Zukunft öffentlich und transparent einsehbar sein. Unsere Naturschutzgebiete, insbesondere den Naturpark „Stechlin-Ruppiner Land“, sehen wir als besonders schützenswert an.

DIE LINKE setzt sich für die verstärkte Wiederanpflanzung von Allee- und Obstbäumen an den Kreis- und Ortsverbindungsstraßen ein.

Die vergangenen Dürresommer haben gezeigt, dass Wasser ein besonders schützenswertes Gut ist. Wir brauchen ein kluges Wassermanagement und verstärkt Projekte zur Wiedervernässung von Mooren und Feuchtgebieten im Landkreis. Auch die Renaturierung von Feldsöllen und verlandeten Teichen und Seen muss weiter vorangetrieben werden.

6. Ostprignitz-Ruppin weltoffen und tolerant

Das gesellschaftliche Klima hat sich in den letzten Jahren aufgeheizt. Die Zuwanderung löst Ängste aus und lässt viele zweifeln, ob nicht die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft erreicht ist. Doch für DIE LINKE. OPR gilt weiterhin: Solidarität ist stärker als Hass! Wer vor Krieg und Hunger flieht, erhält weiter unseren Schutz und unsere Unterstützung.

Weder auf der Straße noch in den Parlamenten akzeptieren wir menschenverachtende Parolen und leisten deshalb Widerstand gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. DIE LINKE unterstützt deshalb aktiv die zivilgesellschaftlichen Initiativen in unserer Region: „Neuruppin bleibt bunt“, „Fehrbellin bleibt bunt“, „Wittstock bekennt Farbe“, „Stolpersteine“ und weitere.

Wir benötigen ein Zuwanderungskonzept mit gesichertem Bildungs- und Beratungsangebot für die zu uns kommenden Menschen. Wer sich in Ostprignitz-Ruppin niederlassen will, wer hier arbeiten und seine Kinder großziehen will, wer hier Teil der Gesellschaft werden will, hat aktive Unterstützung vom Landkreis verdient. Bezahlbaren Wohnraum sehen wir als Grundrecht eines jeden Menschen, offene Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt muss durch politische Maßnahmen entgegengewirkt werden. Deutsch-Kurse zur Überwindung der sprachlichen Barrieren müssen vom ersten Tag ihres Aufenthaltes in Ostprignitz-Ruppin möglich sein. Zivilgesellschaftliche Initiativen sollen aktiv in den Integrationsprozess mit eingebunden werden. Ein Migrations- oder Integrationsbeirat soll im Landkreis gegründet werden. Des Weiteren unterstützen wir die Bemühungen des Kreises, aktiv Geflüchtete in Ausbildung oder Arbeit zu bringen. Wir fordern den Aufbau einer dauerhaften Schnittstelle zwischen Arbeitgebern mit offenen Stellen und arbeitssuchenden Migrantinnen und Migranten. Arbeit und Teilhabe sind Kernelemente von Integration.

In allen Bereichen unserer Gesellschaft muss jeder Form von Diskriminierung auf Grund der Herkunft, des Alters, des sozialen Status, des Geschlechts, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der Religion aktiv vorgebeugt und nötigenfalls entgegengetreten werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Erinnerungskultur ein. Dazu gehören auch Gedenkstätten und Gedenkort, wie zum Beispiel die Todesmarsch-Route oder die Gedenkstätte Belower Wald. Der Erhalt und die Pflege dieser Orte müssen gesichert werden.

7. Bürgernahe Verwaltung und Politik – ein Garant für gute Entscheidungen

Die Verwaltung ist ein Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises. Wir benötigen eine effiziente, barrierefreie und bürgerfreundliche Verwaltungsstruktur. Die schnelle Bearbeitung von Anträgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Initiativen sowie der Wirtschaft ist ein Indikator einer gut funktionierenden und bürgernahen Verwaltung. Die digitalen Angebote bzw. Möglichkeiten der Verwaltung müssen stärker ausgebaut werden.

Wir unterstützen die interkommunale Zusammenarbeit in unserer Region. Deshalb setzte sich DIE LINKE in den vergangenen Jahren für eine Senkung der Kreisumlage ein. Wir wollen keine Erhöhung, denn sie bringt die eh schon klammen Kommunen in noch tiefere finanzielle Nöte. Die Zusammenarbeit mit anderen Nachbarlandkreisen, vor allem der Prignitz, dem Havelland und Oberhavel ist Voraussetzung für den Erfolg des Brandenburger Nordwestens.

Gute Mitarbeiter*innen benötigen gute Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die Sanierung des Landratsamtes in der Virchowstraße und unterstützen den Neubau eines Archives. Inwieweit ein weiterer Neubau von Verwaltungsgebäuden notwendig ist, werden wir kritisch hinterfragen. Ein nachvollziehbares Personalentwicklungskonzept bleibt dafür aber eine wesentliche Voraussetzung.

Die Verwaltungen sind angehalten, transparent und nachvollziehbar zu handeln. Dazu gehört auch eine verständliche Sprache und barrierearme Angebote.

Das kommunale Jobcenter darf nicht repressiv und demütigend mit den Betroffenen umgehen. Es ist ein kommunaler Dienstleister und kein Wirtschaftsunternehmen. Der Kreistag soll künftig an der Erarbeitung der Kosten der Unterkunft (KdU) beteiligt werden.

DIE LINKE will die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises stärker in Entscheidungen vor Ort einbinden und direkte Demokratie stärken. DIE LINKE. OPR setzt sich daher für die Einführung bzw. Etablierung von Bürgerhaushalten im Kreis und den Kommunen ein. Im Kreis setzen wir uns dafür ein, einen Bürgerhaushalt in Höhe von 200.000 Euro einzuführen. Der Landrat soll künftig regelmäßig stattfindende Bürgersprechstunde in jeder Region des Kreises abhalten, damit Bürger ihre Sorgen und Anliegen direkt an den Landrat herantragen können. Mit der Errichtung von weiteren Personengruppen- oder Fachbeiräten, neben dem Seniorenbeirat, wollen wir die demokratische Teilhabe ausbauen.

Um eine effektive Arbeit des Kreistages zu gewährleisten, sollen die Kreistagssitzungen im Jahr auf sechs erhöhen. Zur Schulung und Professionalisierung der Abgeordneten müssen die Zuwendungen der Fraktionen angepasst werden.